

# BILDUNG

Bildung ist der Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft. Sie schafft den Raum für persönliche Entwicklung. Es ist deshalb eine Kernaufgabe für die gesamte Gesellschaft, eine Infrastruktur für ein lebenslanges Lernen zu schaffen, zu der alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen und ihrem Hintergrund Zugang haben. Noch immer reproduziert unser Bildungssystem die soziale Ungleichheit.

Bildung muss aber zugleich ein elementarer Bestandteil für eine Gesellschaft sein, die Aufstiegsmobilität ermöglicht. Gerade für Menschen aus finanziell schlechtergestellten Haushalten schafft sie die Grundlage dafür, bessere Chancen bei der beruflichen Verwirklichung zu bekommen. Nicht zuletzt der aktuelle Fachkräftemangel zeigt, wie wichtig eine gute Bildung für die

Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft ist. Unsere Gesellschaft kann es sich daher nicht nur aus sozialen Gründen, sondern auch ökonomisch nicht mehr leisten, das Bildungssystem strukturell unterzufinanzieren und viele Menschen durch das Raster fallen zu lassen. Wir wollen Chancengleichheit für alle! Land und Bund müssen sich wieder auf ihre Verantwortung besinnen, die finanziellen Voraussetzungen für gute Bildung zu schaffen.

Wir GRÜNE wollen einen Zugang zu Bildung für alle Menschen ermöglichen – frei von finanziellen Hürden. Das unsinnige Kooperationsverbot<sup>1</sup> zwischen Land und Bund muss aufgegeben werden. Alleine können sich die Bundesländer und Kommunen die gesamtgesellschaftliche Aufgabe einer guten Bildungsfinanzierung nicht leisten.

## KINDER UND JUGENDLICHE IN DEN FOKUS RÜCKEN

### UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Der qualitative und quantitative Ausbau von Krippen-, Kindertagespflege- und Kindergartenplätzen sowie eine bedarfsorientierte Weiterentwicklung zu Familienzentren
- ▶ Bessere Ausbildung, Fortbildung, Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen
- ▶ Förderung und Ausbau von Netzwerken, die Familien in schwierigen Situationen Hilfe anbieten
- ▶ Mehr Teilhabe für Kinder und Jugendliche an Politik und Gesellschaft und eine Absenkung des Wahlalters für Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre
- ▶ Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit und Einrichtung von regionalen Koordinierungsstellen

Wir GRÜNE wollen Kinder und Jugendliche ins Zentrum unserer Gesellschaft holen und ihnen Raum geben – mit all ihren Interessen und Bedürfnissen. Das Kindesinteresse

steht für uns ganz vorne auf der politischen Agenda, ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unsere Ziele lauten deshalb:

Qualität von Kinderbetreuung verbessern! Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen! Kindern und Jugendlichen ausreichenden Raum für Entwicklung und Entfaltung bieten!

Jede Familie soll die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden, welches Familienmodell sie für sich wählt. Wahlfreiheit ist aber nur dann gewährleistet, wenn es genügend Betreuungsplätze gibt und Familien finanziell abgesichert sind. Wir setzen uns darum für eine Neustrukturierung der Familienförderung und auf der Bundesebene für die Einführung einer bedingungslosen Kindergrundsicherung ein.

### LANDESJUGENDAMT UND NIFBE – KINDESINTERESSEN STRUKTURELL STÄRKEN

Die Aufgabenerledigung des Bereichs Kinder und Jugend im Lan-

desozialamt nach der Abschaffung des Landesjugendamtes muss überprüft werden. Das Niedersächsische Institut für frühkindliche Entwicklung und Bildung (NIFBE) soll konzeptionell weiterentwickelt werden.

### **KINDER BRAUCHEN MEHR ZEIT UND VERLÄSSLICHE BEZUGSPERSONEN**

Frühkindliche Bildung bedeutet für uns GRÜNE, Kindern die Zeit und den Raum zu geben, sich und ihre Umgebung zu entdecken, Antworten und Verständnis für Fragen zu erfahren, in ihrer Neugier und ihrer Lust am Lernen bestärkt und in ihren Interessen unterstützt, gefördert und begleitet zu werden. Kinderbetreuungseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen und feste Bezugs- und Schutzräume für Kinder. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen dringend die Personalstandards verbessert werden. Derzeit werden 15 unter Dreijährige von nur zwei ErzieherInnen betreut. Wir wollen in einem ersten Schritt den Personalschlüssel dahingehend ändern, dass für fünf Kinder einE ErzieherIn zur Verfügung steht. Bei den über Dreijährigen muss die Raumgröße endlich dem Platzbedürfnis der Kinder gerecht werden. Die derzeit im niedersächsischen Kita-Gesetz vorgesehenen zwei Quadratmeter pro Kind sind zu wenig. Nicht nur deshalb ist die Reduzierung der Gruppengröße auf

maximal 20 Kinder in einem Raum notwendig.

### **MEHR SPIELPLÄTZE STATT MEHR PARKPLÄTZE**

Die Abschaffung des Spielplatzgesetzes in Niedersachsen durch CDU und FDP war ein großer Fehler, denn gerade im städtischen Raum gibt es eine große Flächenkonkurrenz. Bei uns Grünen haben Spielplätze Vorrang vor Parkplätzen! Denn nicht nur Kinder und Jugendliche brauchen Platz zum Spielen, auch Erwachsene und Senioren genießen Orte, an denen sie sich treffen und frei bewegen können. Deshalb sollten alle in die Planung solcher Orte aktiv eingebunden werden. Das Land muss sich stärker als bisher gegen Bewegungsmangel engagieren. Dazu gehört auch, generationsübergreifende inklusive als Treffpunkte geeignete Freiflächen, Spielplätze, Skater-Anlagen, und Bolzplätze zu schaffen.

### **VERLÄSSLICHE GANZTAGSBETREUUNG**

Wir wollen eine verlässliche, bedarfsgerechte, wohnortnahe, hochwertige und inklusive Ganztags-Kinderbetreuung in allen Altersgruppen vom Krippen- bis zum Schulkind einführen. Mittelfristig streben wir einen Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für alle Kita-Kinder an. Das Platzan-

gebot für Zwei-Drittel-Plätze muss schnellst möglich aufgestockt werden. Wir stehen für eine engagierte Zusammenarbeit des Landes mit dem Bund und den Kommunen, um den Betreuungsausbau entsprechend der regional unterschiedlichen Bedarfe voranzubringen. Wir wollen darüber hinaus auch Betreuung während der bisherigen Schließzeiten der Kitas und in den Ferienzeiten der Schulen sicherstellen. Zusammen mit den Kommunen wollen wir dafür tragfähige und aufeinander abgestimmte Konzepte erarbeiten. Dazu zählen auch Kooperationen zwischen Kitas und Tagespflege sowie unbürokratische Lösungen wie beispielsweise Leih-Omas und -Opas, Rucksackmütter, Nachbarschaftsinitiativen und gemeinschaftliche Wohnprojekte. (►S. 112)

### **KRIPPENAUSBAU BESCHLEUNIGEN**

Ab August 2013 gilt bundesweit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr. Deshalb soll jedes Bundesland für 35 Prozent der unter Dreijährigen einen Platz vorhalten. Obwohl fraglich ist, ob das den Bedarf überhaupt decken wird, ist Niedersachsen derzeit mit erst 19,9 Prozent bundesweit auf dem vorletzten Platz. Wir GRÜNE wollen den Kommunen im Land endlich ausreichende Mittel für den Ausbau

von Krippen- und Tagespflegeplätzen zur Verfügung stellen. Wir lehnen unter diesen Gesichtspunkten auch das auf Bundesebene geplante Betreuungsgeld ab. Die dafür notwendigen 1,2 Milliarden Euro jährlich wollen wir in den quantitativen und qualitativen Ausbau von Betreuungsplätzen sowie in die Ausbildung und angemessene Bezahlung von ErzieherInnen investieren. Eltern sollen bei der Verwirklichung ihres Rechtsanspruchs auf Betreuung die Wahl haben zwischen Krippe und Tagespflege („Tagesmütter und -väter“). Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Qualität der Tagespflege durch Fachberatung, höhere Mindeststandards, eine gerechte Entlohnung und verlässliche Vertretungsregelungen verbessert wird. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs hat der bedarfsgerechte Ausbau von qualitativ vollen Krippenplätzen Vorrang vor dem Ausbau von Tagespflegeplätzen.

### **MANGEL AN ERZIEHERINNEN VORBEUGEN**

Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes werden im Jahr 2014 über 3500 ErzieherInnen in Niedersachsen fehlen. Das Land muss hier endlich Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit den Kommunen diesen Fachkräftemangel verhindern. Insbesondere bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung können den Be-

ruf wieder attraktiver machen. Wir wollen den Anteil der ErzieherInnen mit Hochschulausbildung in Kitas erhöhen. Wir streben eine Ausbildung der Leitungskräfte in Kitas auf Hochschulniveau an, wobei ein fehlender Hochschulabschluss kein zwingendes Ausschlusskriterium für die Übernahme einer Leitungsfunktion darstellen sollte. Dabei muss die Aus- und Weiterbildung berufsbegleitend mit Bildungsbausteinen (Modulen) gewährleistet werden. Werden Stellen für ErzieherInnen mit SozialassistentInnen besetzt, müssen sie auch entsprechend vergütet werden. Mittelfristig sollen mindestens zwei ErzieherInnen pro Gruppe arbeiten. Darüber hinaus wollen wir mehr Männer von den Vorzügen des Erzieherberufs überzeugen. Um die interkulturelle Arbeit der Einrichtungen zu stärken, müssen auch mehr ErzieherInnen mit Migrationshintergrund gewonnen werden. Um dies zu erreichen, wollen wir unter anderem die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtern.

### **VIELFALT (ER-)LEBEN**

Wir GRÜNE stehen für eine inklusive Gesellschaft. (► S. 124) Allen Menschen die gleichen Chancen und Teilhabemöglichkeiten in unseren gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen, ist eine Herausforderung, der sich unsere Gesellschaft stellen muss. Kinder dürfen nicht

weiter nach ihren Besonderheiten oder zugeschriebenen Eigenschaften (aus)sortiert werden! Das Erleben verschiedener Sprachen, Kulturen, Religionen und Weltanschauungen, aber auch unterschiedlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten hilft den Kindern, sich selbst als Teil einer vielfältigen Gesellschaft zu verstehen. Kinderbetreuungseinrichtungen müssen deshalb inklusiv und interkulturell aufgestellt sein.

Wir wollen in der Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen den Aspekt der geschlechtssensiblen Erziehung stärker in den Fokus rücken, und so geschlechtsspezifische Vorurteile in der Erziehung vermeiden.

Die Sprachförderung in der Kita muss in Niedersachsen neu konzipiert werden. Sie soll in Abstimmung zwischen Eltern, Kita und Schule geschehen. Wir wollen ErzieherInnen so fortbilden, dass die alltägliche Sprachbildung und -förderung zum Kita-Alltag gehört und durch Bezugspersonen der Kinder geleistet wird.

Für die gemeinsame Betreuung von über Dreijährigen mit und ohne Behinderung gibt es bereits eine gesetzliche Regelung. Ein erfolgreicher Modellversuch auf Drängen der GRÜNEN hat gezeigt, dass diese auch für unter Dreijährige sinnvoll ist. Dennoch gibt es hierfür bisher keine gesetzliche Regelung. Dies

werden wir ändern. Alle Familien müssen sich darauf verlassen können, dass Betreuungseinrichtungen den speziellen Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht werden. Daher brauchen wir flächendeckend Einrichtungen, die barrierefreie Räumlichkeiten und Fachpersonal vorhalten. Die Bedingungen müssen so attraktiv sein, dass Eltern ihre Kinder gerne in Betreuungseinrichtungen geben.

Um allen Kindern möglichst gleiche Chancen ermöglichen zu können, ist es wichtig, für Eltern da zu sein, die besonderen Beistand benötigen. Wir werden deshalb Programme fördern, die für diese Zielgruppen besondere Unterstützungsleistungen aus einer Hand anbieten.

### **FAMILIENZENTREN**

Wir wollen Kommunen unterstützen, die Kindertagesstätten, Mehrgenerationenhäuser oder auch Grundschulen zu Familienzentren ausbauen wollen. In diesen Familienzentren, die Raum für Vernetzung und Begegnung der Kulturen bieten, werden wir niedrigschwellige Angebote der Erziehungsberatung, der Familien- und Gesundheitsbildung sowie Familien-Service-Büros schaffen. In den Kommunen, in denen es bereits ein Familien-Service-Büro gibt, sollen diese Büros ein höheres Stundenkontingent bekommen, um an den Kindertagesstätten, Mehr-

generationenhäusern und/oder Grundschulen im Gemeindegebiet Sprechstunden anbieten zu können. Darüber hinaus wollen wir Eltern intensiver in die Bildungsprozesse ihrer Kinder einbeziehen. Sie werden so in ihrer Erziehungskompetenz und bei den Übergängen zwischen Kita, Schule und Ausbildung von Anfang an unterstützt. Für den Aufbau von Familienzentren ist eine Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte unerlässlich.

### **KINDERSCHUTZ UND KINDERKOMMISSION**

Das von der Landesregierung gegen den Rat von Kinderschutz-ExpertInnen eingeführte „Verbindliche Einladewesen“, also die behördliche Einladung zum Kinderarztbesuch, ist zu bürokratisch und die Rückmeldungen an die Jugendämter sind oft fehlerhaft. Dieses Verfahren ist kein wirksames Mittel für mehr Kinderschutz. Die hierfür verwendeten Gelder müssen für bessere Kinderschutz-Maßnahmen wie die flächendeckende Einführung und Koordination „Früher Hilfen“<sup>1</sup> wie Familienhebammen eingesetzt werden.

Wir fordern im Landtag die Einsetzung einer Kinderkommission, wie sie seit Jahrzehnten im Bundestag erfolgreich arbeitet. Sie soll dazu beitragen, dass notwendige Maß-

nahmen für mehr Bildungsgerechtigkeit, Kinderfreundlichkeit und Kinderschutz parteiübergreifend angeschoben werden. Nach der Rücknahme des deutschen Vorbehaltes zur UN-Kinderrechtskonvention gilt es, dieses Übereinkommen konkret in Niedersachsen umzusetzen. Dies gilt insbesondere für Kinderflüchtlinge in Niedersachsen.

### **JUGENDLICHEN RAUM FÜR TEILHABE UND ENTFALTUNG BIETEN**

Demokratie fällt nicht vom Himmel, sondern muss immer wieder neu gelernt werden. Schon in Kitas muss eine aktive Beteiligungskultur zur Selbstverständlichkeit werden. Wir wollen Heranwachsende stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. Dazu werden wir beim Land eine Service-Stelle einrichten, die Kommunen bei Teilhabeprojekten unterstützt. Es bedarf spezieller, jugendgerechter Beteiligungsmöglichkeiten, die die Möglichkeiten digitaler Medien für eine direkte Kommunikation zwischen Politik und Jugendlichen auf Augenhöhe nutzen. (► S. 136)

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, das Wahlalter auf 14 Jahre abzusenken, damit die junge Generation in einer alternden Gesellschaft ihre Interessen besser vertreten kann. (► S. 137) Zur Vorbereitung auf die Wahlfähigkeit soll es an

Schulen im Rahmen des Politikunterrichts eine fachliche Auseinandersetzung mit den Programmen der demokratischen Parteien und eine Anleitung zu den Wahlverfahren geben.

Jugend ist eine Lebensphase, die Freiräume braucht. Jugendliche wollen nicht nur funktionieren. Wir unterstützen deswegen die offene und die verbandliche Jugendarbeit, die Jugendlichen diese Freiräume bietet. Das Abitur nach 12 Jahren und das verdichtete Studium machen ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden, Jugendgruppen, in Sportvereinen oder auf Ferienfreizeiten für junge Menschen immer schwieriger. Wir wollen die Schule so gestalten, dass wieder mehr Zeit für Hobbys und Freizeitaktivitäten bleibt. Um die Wertschätzung von ehrenamtlicher Arbeit bei jungen Menschen zu erhöhen, müssen Anreize für freiwilliges Engagement geschaffen werden, wie zum Beispiel die Anrechnung von ehrenamtlicher Arbeit bei den Studien-Wartesemestern. Die vorbildliche Arbeit der Jugendverbände im Landesjugendring und weitere Träger der Jugendarbeit unterstützen wir.

Die hohe Nachfrage von jungen Menschen nach Freiwilligendiensten ist ein Glücksfall für unsere Gesellschaft! Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr und der Bundesfreiwilligendienst müs-

sen ausreichend Plätze für Jugendliche bieten.

Wir wollen die Zusammenarbeit der Jugendverbände mit Ganztagschulen verbessern. Für die Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit soll in jedem Landkreis eine „Regionalstelle für freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit“ eingerichtet werden, die Jugendgruppen und JugendleiterInnen qualifiziert berät und jugendverbandliche Kooperationsangebote an Schulen koordiniert. (► S. 18)

### **JUGENDHILFE/JUGENDSOZIALARBEIT**

Wir wollen, dass auch künftig die Heimaufsicht für stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe beim Land verankert bleibt. Eine Kommunalisierung dieser Aufga-

be – wie von der schwarz-gelben Landesregierung geplant – würde unweigerlich zu Interessenkonflikten bei den Kommunen führen, die dann sowohl für die pädagogische Qualität als auch für die Kosten zuständig wären. Es war ein Fehler der Landesregierung, erfolgreiche Landesprogramme wie das NiKo-Projekt<sup>1</sup>, das Jugendhilfe und Schule verzahnt hat, ersatzlos zu streichen. Wir werden deswegen ein NiKo-Nachfolge-Projekt insbesondere für soziale Brennpunkte auflegen.

Die Zukunft der niedersächsischen Jugendwerkstätten muss gesichert werden. Trotz des Konjunkturaufschwungs bleiben benachteiligte Jugendliche oftmals vom Arbeitsmarkt abgekoppelt und brauchen Hilfe bei der Integration in Ausbildung und Beruf. (► S. 29)

**MACH'S MÖGLICH**

# GUTE SCHULEN FÜR ALLE

## UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- Qualitativ hochwertige Ganztagschulen für alle und längeres gemeinsames Lernen
- Genügend Zeit für nachhaltiges Lernen – Alternativen zum Turbo-Abitur schaffen
- Schluss mit den Hürden für die Gründung von Gesamtschulen – den Elternwillen ernst nehmen und unterstützen
- Den Umbau aller Schulen zu inklusiven Schulen verantwortungsvoll voranbringen
- Kleinere Klassen, mehr individuelle Förderung, Bildungsberatung und weniger SchulabbrecherInnen

Alle Menschen haben unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aufenthaltsstatus und ihren individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten ein

Anrecht auf Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen. Eltern wünschen ein Bildungsangebot, das ihren Kindern bestmögliche Chancen für einen erfolgreichen Schulabschluss und eine gute Grundlage für die Gestaltung ihrer Zukunft bietet. Die PISA-Studien<sup>1</sup> belegen allerdings, dass der Schulabschluss nach wie vor in hohem Maße vom Sozialstatus der Eltern abhängt. Die OECD<sup>2</sup> stellt dazu fest, dass die Entwicklungschancen vieler SchülerInnen in Deutschland durch die frühe Auslese nach der vierten Klasse beeinträchtigt werden.

CDU und FDP haben in der Vergangenheit alles daran gesetzt, das selektive Schulsystem zu erhalten und Reformbemühungen zu verhindern. Die Abschaffung der Orientierungsstufe, die Verhinderung von Gesamtschulgründungen und die Einführung der Oberschule waren lediglich darauf ausgelegt, das

gegliederte Schulsystem zu zementieren.

Wir GRÜNE wollen ein Schulsystem, das die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sichert und dazu beiträgt, die soziale Spaltung zu überwinden, anstatt sie zu verfestigen. Wir wollen flächendeckend das inklusive Lernen ausbauen und durch mehr Qualität im Unterricht und an den Schulen mehr Bildungsgerechtigkeit verwirklichen. Grüne Schulpolitik will darüber hinaus, dass in der Schule das Lernen miteinander und voneinander möglich wird, dass Vielfalt als Chance begriffen wird und dass Kinder und Jugendliche in stärkerem Maße ermutigt werden als bisher. Außerdem wollen wir, dass die Schulträger über Gemeinde-, Kreis- und auch Landesgrenzen hinweg kooperieren, um gerade im ländlichen Raum Kindern und Jugendlichen den Zugang zu wohnortnahen Schulangeboten zu ermöglichen.

### AUF JEDE UND AUF JEDEN KOMMT ES AN

Gemeinsames Lernen in inklusiven Schulen bildet die Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist für uns GRÜNE ein erster Schritt zur Entwicklung einer inklusiven Pädagogik, die alle Menschen in ihrer sozialen und kulturellen Unterschiedlichkeit res-

pektiert, sich der Vielfalt der Talente annimmt und allen Kindern und Jugendlichen erfolgreiches Lernen ermöglicht. Der Blick auf die Entwicklungschancen jedes Kindes ist das zentrale Element einer Pädagogik der Vielfalt und Ermutigung. Auf dieser Grundlage baut das GRÜNE Konzept der Neuen Schule auf. Es sieht eine gemeinsame Schule von der ersten Klasse bis zu einem ersten Abschluss nach neun Schuljahren vor, in der alle Kinder gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert werden. Die gemeinsame Schule befähigt SchülerInnen zur Gestaltung des eigenen Lebens, zur Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und zur Bewältigung der Anforderungen des Erwerbslebens. Sie fördert die Entwicklung gemeinsamer sozialer und kultureller Werte und den Aufbau einer solidarischen Zivilgesellschaft.

Die Umsetzung dieses Konzepts einer leistungsfähigen Schule für alle Kinder und Jugendlichen lässt sich nur schrittweise verwirklichen. Wir wollen deshalb in der kommenden Legislaturperiode in Niedersachsen möglichst viele Schritte in diese Richtung vollziehen. Unser Ziel ist es, Schulpolitik gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu gestalten. Das ermöglicht passende Lösungen und erhöht die Akzeptanz aller Beteiligten.

## **AUF DEN ANFANG KOMMT ES AN**

Ein guter Start in die Schule beginnt bereits in der Kita. Die Gestaltung eines gelungenen Übergangs von der Kita in die Grundschule wird von der schwarz-gelben Landesregierung aber nur halbherzig angegangen. Wir GRÜNE wollen die Entwicklung von Übergangskonzepten von der Kita in die Grundschule verpflichtend einführen. Durch die Bereitstellung von Beratungsangeboten wollen wir einen nahtlosen Übergang für einen erfolgreichen Start in der Grundschule ermöglichen. Grundschulen werden dabei unterstützt, wenn sie flexible Eingangsstufen einrichten oder verschiedene Formen des altersübergreifenden Lernens einrichten wollen. Wir GRÜNE wollen Standorte kleiner wohnortnaher Grundschulen aufrechterhalten, wenn in einem pädagogischen Konzept – zum Beispiel durch altersgemischtes Lernen und jahrgangsübergreifenden Unterricht – erfolgreiches Lernen gesichert werden kann.

## **DER ELTERNWILLE ZÄHLT – INTEGRATIVE GESAMTSCHULEN FÜR ALLE ERMÖGLICHEN**

Die Hürden für die Errichtung von Gesamtschulen müssen gesenkt und auch kleinere Gesamtschulen zugelassen werden. Wir nehmen den Willen der Eltern ernst, unabhängig

davon, ob es dabei um den Wunsch nach Gymnasien oder das Zulassen kleiner Gesamtschulen geht. Bisher dürfen Gesamtschulen nur eingerichtet werden, wenn der Bestand aller Teile des gegliederten Schulwesens nicht gefährdet wird. Das führt in unserem Flächenland dazu, dass gerade im ländlichen Raum kaum Gesamtschulen gegründet werden können. Diese Ungerechtigkeit gegenüber dem Wunsch der Eltern wollen wir überwinden und zukünftig im Schulgesetz die Möglichkeit schaffen, dass Gesamtschulen andere Schulangebote ersetzen können. Wie erfolgreich gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen ist, beweisen die mit Preisen ausgezeichneten niedersächsischen Gesamtschulen – zum Beispiel in Hildesheim, Göttingen und Braunschweig. Auch die große Nachfrage der Eltern und Schulträger nach weiteren Gesamtschulen zeigt, dass die schwarz-gelbe Landesregierung den Elternwillen missachtet und vielen Kindern und Jugendlichen den Weg zu erfolgreichen Abschlüssen verwehrt. Gemeinsam mit den Schulträgern und den Betroffenen vor Ort wollen wir – wo das Interesse dazu besteht – Haupt-, Real- und Oberschulen zu integrativen Schulen weiterentwickeln. Jede Schule muss auch einen Weg zum Abitur offenhalten. Hierfür braucht sie eine eigene gymnasiale Oberstufe oder muss fest mit einer Oberstufe kooperieren. Ein besonderes An-

liegen ist für uns GRÜNE, nahtlose Übergänge von der Kita in die Grundschule und anschließend zum Sekundarbereich I und in die berufliche Bildung zu gestalten. Alle Schulen sind gefordert, ab Klasse 8 eine qualifizierte Berufs- und Studienorientierung anzubieten. Dadurch lernen SchülerInnen frühzeitig, ihre persönlichen Stärken und ihre beruflichen Chancen einzuschätzen. Die Schulen unterstützen auf diese Weise den Weg in eine erfolgreiche Ausbildung oder ein Studium.

Für uns GRÜNE stehen die SchülerInnen im Mittelpunkt. Wir werden die ideologische Schulpolitik von CDU und FDP beenden. Daher haben wir bei allen Reformbemühungen die Interessen der Menschen im Blick und werden keine Schulform aufgeben, für die es einen ausreichenden Elternwunsch gibt. Klar ist aber auch, dass wir sämtliche Hebel in Bewegung setzen werden, um alle Schulen zu einer Pädagogik der Vielfalt und der individuellen Förderung zu verpflichten, die die SchülerInnen zu selbstständigem und eigenverantwortlichen Lernen ermutigt.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen nur halbherzig begonnen. Durch das Nebeneinander von Förderschulen alter Prägung und allgemeinen

Schulen werden unnötig Ressourcen vergeudet. Den allgemeinen Schulen wird dringend benötigte Unterstützung bei der Umsetzung des Konzepts der inklusiven Schule verwehrt. Wir GRÜNE halten dies für unverantwortlich. Wir wollen die Förderschulen im Dialog mit den Schulträgern, den Kommunen und den Menschen vor Ort zu Förderzentren weiterentwickeln und schrittweise in die bestehenden allgemeinen Schulen integrieren. Dabei werden wir in den Förderschulen mit den Schwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung beginnen. Wichtig ist, dass jedes Kind unabhängig vom Unterstützungsbedarf das uneingeschränkte Recht auf einen inklusiven Schulplatz wahrnehmen kann. Inklusion bedeutet für uns auch, für Kinder mit außergewöhnlichen Begabungen die erforderlichen Lernbedingungen zu schaffen.

## **GENÜGENDE ZEIT FÜR NACHHALTIGES LERNEN**

Erfolgreiches Lernen braucht Zeit und gute Konzepte. Ganztagschulen sind dafür die beste Lösung. Ganztagschulen sollen Kinder in ihrer gesamten Entwicklung besser fördern, Bildungsbenachteiligungen ausgleichen und Familien entlasten. Das 2004 vom CDU-geführten Kultusministerium eingeführte Billigmodell, in dem mit Hilfe rechtlich bedenklicher Honorarverträge an

einen herkömmlichen Vormittagsunterricht lediglich freiwillige Nachmittagsangebote angefügt wurden, wird diesen Anforderungen nicht ausreichend gerecht. Wir GRÜNE wollen die niedersächsischen Schulen gemeinsam mit den Schulträgern und den Schulen schrittweise zu gebundenen Ganztagschulen weiterentwickeln – mit einer verbindlichen Kernzeit von der Grundschule an. Grundlage wird ein verbindliches Rahmenkonzept sein, das ausgehend von den Erfordernissen der SchülerInnen einen sinnvollen Lernrhythmus ermöglicht und Spielraum für die Ausgestaltung des örtlichen Ganztagschulkonzepts eröffnet. Dabei sind ein gesundes Mittagessen, Sport und Bewegung sowie kreative Angebote unverzichtbar. Die Kooperation mit örtlichen Vereinen, Angeboten der Jugendhilfe und außerschulischen PartnerInnen kann die Schule dabei eng mit ihrer Gemeinde oder ihrem Stadtteil verknüpfen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat durch die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren in unverantwortlicher Weise den Leistungsstress vieler SchülerInnen erhöht und ihre Erfolgschancen vermindert. Das Turbo-Abitur vernachlässigt die unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten sowie den individuellen Unterstützungsbedarf einzelner SchülerInnen. Seit Einführung des Turbo-Abiturs sind Leistungsdruck

und durch Abschulung geschürte Versagensängste in großem Maße in allen betroffenen Schulformen spürbar. Das wird hauptsächlich dadurch ausgelöst, dass die Lehrpläne vom Kultusministerium stofflich überfrachtet sind und häufig nicht altersspezifischen Lernmöglichkeiten entsprechen. Wir Grüne werden uns daher für eine Reformierung und Verschlankung der Lehrpläne sowie für die Neuordnung der Unterrichtsstrukturen und der Stundenplangestaltung einsetzen. Der Nachmittagsbereich muss darüber hinaus konzeptionell überarbeitet und inhaltlich genutzt werden und kann nicht weiter überwiegend der Aufbewahrung der Kinder dienen. Damit wollen wir die SchülerInnen entlasten und gleichzeitig besser vorbereiten auf nachfolgende, auch länderübergreifende Bildungswege. Aktuell bleibt für innovative Unterrichtsformen wie beispielsweise fächerübergreifendes Lernen kaum Zeit. Wir GRÜNE wollen den SchülerInnen dagegen wieder flexiblere Möglichkeiten zum Abitur eröffnen. Wir werden mit einem Konzept „Abi neu denken“ eine Alternative zum Turbo-Abitur schaffen und damit vielen jungen Menschen erfolgreiche Bildungswege und mehr Zeit für außerschulische Aktivitäten und Auslandsaufenthalte ermöglichen. Die Gesamtschulen sollen entsprechend ihrem pädagogischen Konzept wieder generell das Abitur nach 13 Jahren anbieten können.

Bei den Gymnasien wollen wir den Schulträgern und Schulen gemeinsam ermöglichen, sich für ein Abitur nach zwölf oder 13 Jahren zu entscheiden.

### **WIR MACHEN SCHULE BESSER – FÜR MEHR BILDUNGSQUALITÄT**

In unseren Schulen steht häufig allein die Anhäufung des Wissens im Vordergrund. In festgelegten Zeittakten hetzen die SchülerInnen von einem Fach zum anderen. Sinnvolle Verknüpfungen sind häufig nicht erkennbar und eigene Interessen und Schwerpunktsetzungen werden nicht berücksichtigt. Die Verbesserung des Unterrichts ist der entscheidende Schritt zur Steigerung der Qualität unserer Schulen und damit zur Sicherung der Kompetenzen zukünftiger Generationen. Anstelle einer Einheitspädagogik des Gleichschritts steht für uns GRÜNE die umfassende Persönlichkeitsbildung aller SchülerInnen im Mittelpunkt.

Lernen heißt nicht nur Wissen zu speichern, sondern dieses Wissen auch anwenden zu können, um den täglichen Herausforderungen gewachsen zu sein. Dazu gehört auch die Fähigkeit, die eigenen Lernwege zu planen und sich auch anstrengenden Lernschritten zu stellen. All dies zusammen schafft die Grundlagen für die Gestaltung eines erfolgreichen Lebens. Die Entwicklung von Konzepten für eine in diesem

Sinne nachhaltig wirkende Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil von Lehren und Lernen und für die Sicherung einer lebenswerten Zukunft unerlässlich. Wir GRÜNE werden die Schulen dabei unterstützen. Individuelle Förderung und eine Pädagogik der Vielfalt erfordern nicht nur eine entsprechende Gestaltung des Unterrichts, sondern vor allem eine bessere Rückmeldung für SchülerInnen und Eltern. In einem ersten Schritt wollen wir die Leistungsbewertung neu gestalten, zum Beispiel durch die Einführung von Leistungsportfolios und Lernentwicklungsberichten. Damit wird die Zahl der Leistungskontrollen verringert und Leistungsdruck abgebaut. Unterrichtsbegleitende Lernberatung der SchülerInnen und Eltern sollen ausgebaut werden, um allen Beteiligten mehr Sicherheit bei der Gestaltung des persönlichen Lernwegs zu geben. Für die LehrerInnen soll es regelmäßige Rückmeldungen der SchülerInnen geben, um so zur Verbesserung des Unterrichtes beizutragen.

### **KLEINERE KLASSEN, MEHR INDIVIDUELLE FÖRDERUNG**

Große Schulklassen, Druck durch ständige Leistungsbewertungen und die Bedrohung durch Sitzenbleiben und Abschulung im gegliederten Schulwesen zerstören das Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit und schaffen eine große

Anzahl von BildungsverliererInnen, die wir uns gerade angesichts des demografischen Wandels nicht leisten können. Ziel GRÜNER Schulpolitik ist es, die Zahl der SchulabbrecherInnen zu verringern und allen SchülerInnen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft erfolgreiches Lernen und hochwertige Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Wir GRÜNE wollen die individuelle Förderung von SchülerInnen ausbauen und auf diese Weise Sitzenbleiben und Abschulen überflüssig machen. Insbesondere muss für Kinder mit diagnostizierter Teilleistungsstörung (Legasthenie, Dyskalkulie etc.) ein angemessener Nachteilsausgleich und individuelle Förderung zwingend vorgeschrieben werden. Das Land Niedersachsen wird sich beim Bundesgesetzgeber dafür einsetzen, dass die Behandlung von Teilleistungsstörungen in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen wird. Darüber hinaus setzen wir uns für kleinere Klassen und eine bessere Personalausstattung in den Schulen ein, damit Lehrkräfte entlastet und SchülerInnen besser gefördert werden. Der zweite Bildungsweg mit seinen wachsenden Aufgaben für junge Menschen muss als Zusatzangebot stärker gefördert werden.

### **GANZHEITLICHES LERNEN FÜR DAS GANZE LEBEN**

Unsere Schulen sind kopflastig und

vernachlässigen neben der Bedeutung der musisch-kreativen Bildung auch die Bedeutung von körperlicher Bewegung und Sport. Bewegung und Sport aber fördern die Gesundheit, können ein positives Körpergefühl unterstützen und sind wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Bewegung muss täglicher Bestandteil des Schullebens werden. Wir GRÜNE stehen deshalb für eine gesunde Schule, in der die tägliche Bewegung integraler Bestandteil von Stundentafeln ist. Der Gesundheitsförderung und dem Sport muss in allen Schulformen ein höherer Stellenwert im Schulalltag durch Konzepte zur täglichen Bewegungszeit beigemessen werden. Deshalb wollen wir die dritte Sportstunde in der Grundschule einführen. Musik, Kunst und Darstellendes Spiel haben eine ebenso grundlegende Bedeutung für die ganzheitliche Persönlichkeitsbildung. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass dieser Bereich genauso selbstverständlich zum Stundenplan gehört wie Mathematik oder Deutsch.

### **VIelfalt LERNEN UND LEBEN**

Gemeinsam geteilte Werte sind die Basis für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Unabhängig von der Zugehörigkeit zu religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften wollen wir einen gemeinsamen Unterricht aller SchülerInnen im Fach

„Religionen und Weltanschauungen“ als Pflichtfach in der Stundentafel verankern. Wir GRÜNE wollen den Bildungsauftrag im Schulgesetz säkular formulieren. Damit wollen wir allen SchülerInnen die Möglichkeit eröffnen, im gemeinsamen Unterricht Weltanschauungen und religiöse Orientierungen kennenzulernen und mehr Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen zu entwickeln. Damit qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen, wird das Fächerangebot in der LehrerInnenaus- und -weiterbildung entsprechend erweitert.

Daneben soll es konfessionsgebundenen Religionsunterricht weiterhin als Wahlpflichtfach geben. Diesen Unterricht sollen SchülerInnen unabhängig von ihrer Konfession, je nach Interesse für eine Religion oder Konfession, besuchen können. Mit dem Studiengang Islamische Religionspädagogik ist die Ausbildung der Lehrkräfte neben den christlichen Religionen inzwischen auch für den freiwilligen islamischen Religionsunterricht sichergestellt. Die Universität Osnabrück bietet diesen Studiengang als deutschlandweit größten seiner Art an.

Die gemeinsame Schule in einer inklusiven Migrationsgesellschaft muss allen Kindern und Jugendlichen den Aufbau interkultureller Kompetenzen ermöglichen. Wir wollen die Fähigkeiten und Erfahrungshintergründe von Kindern und

Jugendlichen mit Migrationshintergrund einbeziehen. Hier spielt die Förderung der Mehrsprachigkeit in Form von herkunftssprachlichem Unterricht, bilingualen Angeboten und durch ein erweitertes Fremdsprachenangebot eine zentrale Rolle. Wir wollen die Vielfalt in den Klassenzimmern auch im LehrerInnenzimmer abbilden und setzen dafür ein, dass mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund eingestellt werden.

### **AUCH LEHRERINNEN BRAUCHEN MEHR UNTERSTÜTZUNG**

Lehrkräfte werden häufig mit den Problemen des Schulalltags allein gelassen. Sie müssen sich nicht nur um den Unterricht kümmern, sondern zusätzlich gesellschaftliche Probleme wie Suchtverhalten, Umgang mit Medien oder Gewalt aufgreifen und Lösungen dafür vermitteln. Deshalb brauchen die Schulen qualifiziertes Personal und umfangreiche Beratung und Unterstützung auf dem Weg zu einer inklusiven Schule. Wir GRÜNE wollen die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungssysteme ausbauen. Die dazu notwendige Personalausstattung werden wir verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulsozialarbeit fester Bestandteil aller Schulen wird. Ziel ist es, durch die Vernetzung mit außerschulischen Fachkräften und Institutionen jeder Schule die Inanspruchnahme eines



maßgeschneiderten pädagogisch-psychologischen Unterstützungsnetzwerks zu ermöglichen, das für Fragen der weiteren Lebens-, Schul- und Unterrichtsplanung beratend und vermittelnd zur Seite steht.

Wir GRÜNE werden eine Reform der LehrerInnenausbildung und eine Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrkräfte auf die Herausforderungen einer inklusiven Pädagogik vorzubereiten. In der Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen setzen wir uns dafür ein, dass Teilleistungsstörungen wie Legasthenie und Dyskalkulie ein verpflichtendes Thema für alle LehrerInnen wird. Wir werden ein Gesamtkonzept erarbeiten, in dem die universitäre Phase, der Vorbereitungsdienst und die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung aufeinander bezogen und gebündelt werden. Mit einem Programm für BerufsanfängerInnen wollen wir insbesondere den Übergang vom Studium in den LehrerInnenberuf verbessern. Darüber hinaus soll die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung verpflichtend eingeführt werden. Wir GRÜNE setzen uns für eine gesetzliche Regelung für eine zukunftsorientierte LehrerInnenbildung ein. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine faire Bewertung von im Ausland erworbenen Lehramtsqualifikationen umsetzen. Wenn dabei Lücken in der Ausbildung festgestellt werden,

müssen Betroffene die Möglichkeit auf Anpassungsqualifizierung erhalten.

### **SCHULLEITERINNEN BESSER UNTERSTÜTZEN**

Mit großen Schlagzeilen hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Aufbau einer Führungsakademie für FunktionsträgerInnen in Schule und Schulbehörde angekündigt. Realisiert wurde sie bis heute nicht. Wir GRÜNE sehen aber durch die Eigenverantwortung der Schulen und die Weiterentwicklung zu inklusiven Schulen eine der größten Herausforderungen für die nächsten Jahre. Diese kann nur gelingen, wenn die Führungskräfte und FunktionsträgerInnen professionell auf ihre Aufgaben vorbereitet und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Wir wollen mit Qualifizierungsprogrammen und einem Rahmenkonzept zur Personalentwicklung in Schule und Schulbehörde die Führungskompetenzen verbessern und die Leistungsfähigkeit von Führungskräften und FunktionsträgerInnen steigern.

### **WIR MACHEN SCHULE GERECHTER UND DEMOKRATISCHER**

Wir GRÜNE sehen in der kostenlosen Teilhabe an staatlicher Bildung einen zentralen Eckpfeiler für die Verwirklichung von Chancengleichheit. Dazu gehört ein sozial ausge-

wogenes Konzept der Lernmittelfreiheit. Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle schulpflichtigen SchülerInnen – ab den kommunal zu bestimmenden zumutbaren Schullweggrenzen – einen Anspruch auf kostenfreie Schülerbeförderung erhalten.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat den Schulen mehr Eigenverantwortung versprochen. Angekommen sind in den Schulen aber überwiegend zusätzliche Belastungen und neue Verwaltungsaufgaben. Wir GRÜNE wollen dieser Entwicklung entgegenwirken und vor allen Dingen die pädagogische Eigenverantwortung der Schulen stärken. Schulen kennen die Bedingungen vor Ort am besten. Sie benötigen Gestaltungsspielräume für Schwerpunktsetzungen, Profilbildung und die Entwicklung pädagogischer Konzepte zur Verwirklichung inklusiven gemeinsamen Lernens und individueller Förderung aller SchülerInnen.

Eigenverantwortlichkeit und Profilbildung heißt aber nicht, allen Interessengruppen uneingeschränkt Zugang zur Schule zu ermöglichen. Eine einseitige Beeinflussung durch Organisationen, Interessenverbände und Unternehmen muss verhindert werden. In diesem Zusammenhang lehnen wir GRÜNEN auch Veranstaltungen ab, die von der Bundeswehr an unseren Schulen

organisiert werden. Wir wollen kein einseitiges Werben für die Bundeswehr in den Schulen. Stattdessen setzen wir uns für eine umfassende Friedenserziehung ein, die unter Beteiligung verschiedener AkteurInnen eine differenzierte Meinungsbildung ermöglicht.

Die Beteiligungsmöglichkeiten von Eltern und SchülerInnen in unseren Schulen sind wenig motivierend. In der Regel wird Schule als Sache der LehrerInnen betrachtet. Wir GRÜNE wollen zusammen mit allen Beteiligten Eckpunkte für ein Programm „Gemeinsam gute Schule entwickeln – Demokratische Teilhabe verwirklichen“ erarbeiten. Damit erhalten Schulen eine Grundlage für mehr Demokratie und gemeinsame Gestaltung einer leistungsfähigen Schule. Im Schulvorstand wollen wir eine Drittelparität verwirklichen, das bedeutet, dass dort SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen gleichberechtigt mitbestimmen dürfen. Die Partizipation der SchülerInnen an der Gestaltung des Unterrichtes, des Schullebens, der räumlichen Gegebenheiten etc. soll wesentlich intensiviert werden. Alltägliche Beteiligungskultur muss selbstverständlicher Bestandteil des Leitbildes aller Schulen werden.

### **SCHULBEHÖRDEN ZU DIENSTLEISTUNGSZENTREN**

Die schwarz-gelbe Landesregierung

hat es nicht geschafft, die staatliche Schulaufsicht den Erfordernissen der eigenverantwortlichen Schule anzupassen. Kleinliche Regelungen behindern die Schulen in ihrer pädagogischen Entwicklung. Wir GRÜNE wollen die staatliche Schulaufsicht so organisieren, dass sie Schulen ermutigt, eigenverantwortlich zu handeln. Neben den im Grundgesetz verankerten aufsichtlichen Aufgaben soll das Beratungs- und Unterstützungssystem in einer eigenen Struktur gebündelt werden, das den Schulen direkt und zeitnah zur Verfügung steht.

Eigenverantwortung in einem staatlich verantworteten Bildungssystem erfordert Rechenschaftslegung. Dazu gehört, dass die Lehrkräfte über die Qualität ihrer Arbeit Rechenschaft ablegen müssen und auch die Schule insgesamt. Wir GRÜNE wollen weiterhin eine Schulsinspektion, die in regelmäßigen Abständen alle Schulen überprüft und nicht nur anlassbezogen einige wenige Schulen in den Blick nimmt. Wir wollen die Inspektion weiterentwickeln und stärken, damit sie als Spiegel der Schulqualität der einzelnen Schule für ihre weitere Entwicklung sinnvolle Hinweise lie-

fert, aber auch dem Landtag, den Eltern und der Öffentlichkeit einen umfassenden Überblick über die Leistungsfähigkeit des Schulsystems bietet.

Bildungsqualität ist inzwischen auch ein Thema in den Landkreisen und Kommunen geworden. Die klassische Aufgabenverteilung zwischen Land und Schulträgern löst sich immer mehr auf. Das regionale Bildungsangebot wird zunehmend zum Standortfaktor und zum Kennzeichen von regionaler Attraktivität und Leistungsfähigkeit. Eine Gesamtkonzeption der schwarz-gelben Landesregierung ist nicht zu erkennen. In teuren Bildungskonferenzen werden plakative Forderungen aufgestellt, die häufig bei den Betroffenen nicht ankommen und schon gar nicht mit ihnen entwickelt wurden. Nur im Miteinander vor Ort gelingen die Verwirklichung bürgerschaftlichen Engagements und die nachhaltige Verbesserung der Bildungsqualität. Wir GRÜNE wollen mit den Kommunen, Landkreisen und den Menschen vor Ort landesweite Standards für regionale inklusive Bildungslandschaften entwickeln.

**MACH'S MÖGLICH**

## BERUFLICHE BILDUNG

### UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Statt teurer Warteschleifen mehr Unterstützung beim Übergang von der Schule in die duale Ausbildung
- ▶ Qualität der beruflichen Bildung trotz des demografischen Wandels erhalten

Wir GRÜNE verfolgen weiterhin das Ziel der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Berufliche Bildung und Studium wollen wir stärker verknüpfen. Wir wollen die erfolgreiche duale Berufsausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule stärken. Berufsbildende Schulen und Betriebe wollen wir dabei unterstützen, wirksame Konzepte zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses zu entwickeln, zum Beispiel durch attraktive Praktikumsangebote oder an das duale Studium angelehnte Formen der Fachkräftebindung.

#### MEHR TRANSPARENZ, DURCHLÄSSIGKEIT UND FLEXIBILITÄT

Der Vielfalt der persönlichen Bildungsbiografien der BürgerInnen wollen wir durch mehr Transparenz,

Durchlässigkeit und Flexibilität in der beruflichen Bildung Rechnung tragen. Für jeden absolvierten Berufsbildungsabschnitt sollen die erworbenen Kompetenzen auf der Grundlage des europäischen Referenzsystems<sup>1</sup> dokumentiert und zertifiziert werden. So wird eine Anrechnung auf geeignete Bildungs- und Studiengänge möglich. Dazu gehören auch im Ausland absolvierte Berufsbildungsabschnitte. Eine Unterteilung der Ausbildung in Bildungsabschnitte darf dabei nicht dazu führen, dass Ausbildungsinhalte insgesamt reduziert werden. Im Sinne eines lebenslangen Lernens wollen wir die Anerkennung von Kompetenzen ermöglichen, die im Berufsleben oder im Ehrenamt erworben werden.

#### INKLUSION AUCH IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung im Schulgesetz zu verankern. Die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen berufsbildenden Schulformen

müssen geschaffen werden. Eine entsprechende Fortbildungsinitiative für Lehrkräfte und die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Unterstützung sind notwendig. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven Lerngruppen beraten und unterstützt werden.

### **JEDER JUGENDLICHE HAT EIN RECHT AUF EINE BERUFSAUSBILDUNG**

Viele SchülerInnen landen nach der Schule statt in der Ausbildung in einem Übergangssystem, das viel Zeit und Geld kostet und die Vermittlungschancen häufig nicht verbessert. Wir GRÜNE wollen diese Warteschleifen durch bessere Unterstützung zum Einstieg in die duale Ausbildung überflüssig machen. Wenn dies in Einzelfällen nicht gelingt, wollen wir diese Warteschleifen durch eine anerkannte Berufsausbildung mit staatlicher Förderung ersetzen. Wer sich nachweislich mehrfach erfolglos um einen Ausbildungsplatz im dualen System beworben hat, soll nach maximal einem halben Jahr in eine berufliche Ausbildung in einem anerkannten Beruf eintreten (Hamburger Modell\*), zum Beispiel an einer Berufsbildenden Schule in Kooperation mit einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte und/oder mit Betrieben. Auch Jugendliche mit schwachem oder gar keinem

Schulabschluss oder besonderem Unterstützungsbedarf sollen die Chance auf eine anerkannte berufliche Ausbildung erhalten, die zu ihren Fähigkeiten passt und auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt ist. Die Ausbildung wird, je nach Fähigkeit der Auszubildenden, zeitlich und inhaltlich flexibel gestaltet und endet mit einer Kammerprüfung.

### **QUALITÄT ANGESICHTS DER DEMOGRAFISCHEN ENTWICKLUNG ERHALTEN**

Die Berufsbildenden Schulen stehen im Flächenland Niedersachsen vor einer großen Herausforderung. Ein vielfältiges Angebot an beruflichen Fachrichtungen und Branchen wie in den städtischen Ballungsgebieten kann in den ländlichen Regionen nicht mehr sichergestellt werden. Als Konsequenz werden Bündelberufsschulen gebildet, in denen alle Berufsfelder unterrichtet werden. Bei vielen Bündelschulen kommt es durch die demografische Entwicklung heute schon zu Schwierigkeiten bei der Bildung von Fachklassen für die einzelnen Berufe. Auch die Gewinnung von Lehrkräften für die verschiedenen beruflichen Fachrichtungen bereitet Schwierigkeiten. Wir wollen uns dieser Entwicklung stellen und in Zusammenarbeit mit Schulträgern und Kammern Konzepte entwickeln, um dieser Abwärtsspirale entgegenzuwirken, die Ausbildungsbereitschaft der Betrie-

be zu stärken und den Auszubildenden so eine gute berufliche Bildung zu ermöglichen. Dabei sollen die hohe Qualität der beruflichen Bildung und die Bereitstellung einer wohnortnahen beruflichen Grund-

bildung erhalten bleiben. Bei der Bildung überregionaler Fachklassen soll die Erreichbarkeit für die Auszubildenden sichergestellt und bei landesweiten Fachklassen eine Unterbringung gewährleistet werden.

## **HOCHSCHULE**

### **UNSERE GRÜNEN ZIELE:**

- ▶ Die unsozialen Studiengebühren abschaffen und die Studienfinanzierung reformieren
- ▶ Mehr und bessere Studienplätze an Niedersachsens Hochschulen; Studieren muss flexibler, individueller und familienfreundlicher möglich werden
- ▶ Die Demokratie an den Hochschulen und die Teilhabe der Studierenden ausbauen
- ▶ Karrierewege für NachwuchswissenschaftlerInnen attraktiver machen
- ▶ Wissenschaft und Forschung an den gesamtgesellschaftlichen Problemen unserer Zeit ausrichten, um Zukunftsentwürfe für eine nachhaltige Lebensweise zu entwickeln

### **STUDIENGEBÜHREN ENDLICH ABSCHAFFEN**

Studiengebühren schrecken besonders Menschen aus einkommensschwachen Familien oder Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund ab. Der Zugang zu unseren Hochschulen darf aber nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Niedersachsen ist neben Bayern das einzige Bundesland, das am unsozialen Modell der Studiengebühren festhält. Das hat massive Auswirkungen auf die Attraktivität unserer Hochschullandschaft. Wir wollen spätestens zum Wintersemester 2014/2015 die Studien- und Langzeitstudiengebühren für das Erststudium einschließlich des Master-Abschlusses abschaffen. Die dabei wegfallenden Einnahmen der Hochschulen werden wir durch Landesmittel kompensieren. Wir

setzen uns außerdem für eine bundesweite Reform der Studienfinanzierung für alle Studierenden ein. Sie soll sich künftig aus zwei Säulen zusammensetzen: erstens aus einem elternunabhängigen Sockelbeitrag für alle, der die bisherigen Zuschüsse an Eltern mit studierenden Kindern ersetzt, und zweitens aus einem bedarfsabhängigen Teil, der wie das bisherige BAföG dem sozialen Ausgleich dient. Hierbei müssen die jeweiligen Lebensumstände (zum Beispiel Ehrenamt oder Pflege) berücksichtigt werden.

### **MEHR UND BESSERE STUDIENPLÄTZE – BILDUNGSQUALITÄT IN DEN VORDERGRUND**

Niedersachsen exportiert jährlich über 30.000 AbiturientInnen in andere Bundesländer und ist damit bundesweit trauriger Spitzenreiter. Die aktuelle StudienanfängerInnen-Prognose der KultusministerInnen-Konferenz belegt, dass ein Ausbau der Studienplatzkapazitäten mit dem Auslaufen des Hochschulpaktes nicht zu den Akten gelegt werden darf. Da im Rahmen des Hochschulpaktes bisher ausschließlich neue Kapazitäten in Bachelor-Studiengängen geschaffen wurden, brauchen wir in den nächsten Jahren zusätzlich einen nachfrage- und bedarfsgerechten Ausbau der Master-Studiengänge, statt den Zugang mit künstlich erzeugten Übergangsquoten zu beschränken.

Eine gute Ausbildung braucht Zeit – auch an der Hochschule. Studieren heißt für uns GRÜNE nicht, die Schulzeit um ein paar Jahre zu verlängern, sondern wissenschaftliches Arbeiten zu lernen und selbstständiges Denken zu entwickeln – individuell und frei. Die Proteste der Studierenden in den letzten Jahren haben deutlich gemacht, dass es um die Qualität des Studiums nicht immer zum Besten steht. Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Lehrqualität und gegen zeitlich verknappte Bachelor-Studiengänge ein.

Wir GRÜNE wollen mehr Individualität und Flexibilität und ein weniger verschultes Studienangebot. Studierende brauchen mehr Zeit und Raum, Wissen zu vertiefen und zu forschen.

Die Lehre an unseren Hochschulen muss deutlich aufgewertet werden. Da ein Großteil der Drittmittel in die Forschung fließt und diese vorwiegend für wissenschaftliche Reputation sorgt, spielt die Ausbildung junger StudentInnen im Wissenschaftsbetrieb der Hochschulen zu häufig nur eine Nebenrolle. Um die Quoten der StudienabbrecherInnen zu senken und die Studienbedingungen zu verbessern, sollen deshalb verstärkt Mittel in die Lehre investiert werden. Darüber hinaus

wollen wir die „Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive Hochschuldidaktik“ ausbauen.

### **OFFENE HOCHSCHULE**

Wir GRÜNE wollen, dass mehr Menschen mit Fachschulabschlüssen oder Abschlüssen aus dem dualen System ohne Abitur an die Hochschulen gehen. Es ist der Landesregierung nicht gelungen, die Hochschulen erfolgreich für diese Zielgruppe zu öffnen. Tatsächlich wird die im Hochschulgesetz verankerte Möglichkeit des Zugangs nur sehr selten genutzt.

Bildungsberatung ist angesichts der vielschichtigen Strukturen unseres Bildungssystems ein zentraler Schlüssel zur Teilhabe geworden. An den Hochschulen müssen entsprechende Angebote ausgebaut werden.

Um Schwellenängste abzubauen und um mögliche Kompetenzdefizite schon vor Beginn des Studiums aufzuholen, brauchen wir mehr Vorbereitungskurse, die Fachkräfte mit beruflichen Abschlüssen ohne Abitur fit für die Hochschulen machen. Um einen Studienabbruch am Anfang des Studiums zu verhindern, müssen verstärkt studienbegleitende Brückenkurse, Coaching- oder Mentoring-Programme angeboten werden. Diese Unterstützungsangebote sollen in enger Kooperation

zwischen den Hochschulen und den Einrichtungen für Erwachsenenbildung entwickelt werden.

Um den speziellen Arbeits- und Lebensbedingungen Berufstätiger gerecht zu werden, sollen an den Hochschulen mehr Fern- oder Teilzeitstudiengänge angeboten werden. Es müssen mehr Zentren für Fernstudien und universitäre Weiterbildung eingerichtet werden. Der semesterweise Wechsel zwischen Voll- und Teilzeitstudium muss möglich sein. Im Sinne des lebenslangen Lernens müssen die Hochschulen verstärkt einzelne Module als Weiterbildungsangebote vorhalten, sowohl mit dem Ziel des Bachelor- als auch des Master-Abschlusses. Bereits in der Erstausbildung oder im Berufsleben erworbene Kenntnisse und Kompetenzen müssen nach transparenten und verbindlichen Kriterien anerkannt werden. Über finanzielle Anreize und Zielvereinbarungen mit den Hochschulen soll erreicht werden, dass die Hochschulen sich vermehrt um Studierwillige ohne Abitur bemühen. Aus diesem Grund werden wir Schnupperstudententage fördern, an denen Interessierte die Möglichkeit haben, aktiv den Alltag an der Universität zu erleben und sich einen Überblick über die Studienrichtungen zu verschaffen.

## **PERSONALSTRUKTUR AN NIEDERSACHSENS HOCHSCHULEN REFORMIEREN**

Ein innovatives Niedersachsen braucht Hochschulen, die attraktive Karrierewege für NachwuchswissenschaftlerInnen aufzeigen. Die Praxis sieht leider anders aus. In Niedersachsen werden inzwischen 83 Prozent aller wissenschaftlichen MitarbeiterInnen befristet angestellt. International liegt der Anteil zwischen 20 und 30 Prozent. Die derzeitige Situation schafft schwierige Lebensumstände für die Betroffenen und führt oft direkt zu Qualitätsverlusten in Forschung und Lehre. Deshalb wollen wir mehr unbefristete Stellen für NachwuchswissenschaftlerInnen schaffen.

Wir brauchen verbindliche Vereinbarungen zwischen DoktorandInnen und Hochschulen, die striktere Vorgaben für die Betreuung der Promotion beinhalten. Promovierende sind keine LückenbüßerInnen im Hochschulbetrieb. Wir wollen mehr Junior-Professuren, die zudem öfter als bisher mit dem sogenannten „Tenure-Track“ zu versehen sind. Über öffentliche Projektförderungen sollen Anreize zur Einrichtung unbefristeter Stellen geschaffen werden.

Ziel des Landes muss es sein, den Frauenanteil in der ProfessorInnen-schaft und in den Führungsgremien

der Hochschulen zu erhöhen. Dazu wollen wir unsere Hochschulen motivieren, sich für einen höheren Frauenanteil in ihren Strukturen einzusetzen, beispielsweise über die Zuweisung von Geldern nur bei Umsetzung einer geschlechtergerechten Hochschul- und Besetzungspolitik.

## **FAMILIENFREUNDLICHE HOCHSCHULE**

Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeits- und Studienbedingungen an den Hochschulen in Niedersachsen familienfreundlicher gestaltet werden. Dafür brauchen wir nicht nur mehr qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen an den Hochschulen, sondern auch mehr Teilzeitstudiengänge und die Möglichkeit einer flexibleren Organisation von Studium, Praktika und Prüfungen.

## **NACHHALTIGE WISSENSCHAFT**

Wir GRÜNE wollen, dass sich unsere Hochschulen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stellen und ihren Teil dazu beitragen, Zukunftsentwürfe für eine nachhaltige Lebensweise zu entwickeln. Das heutige Wissenschaftssystem ist zur Umsetzung dieser Aufgabe nur sehr eingeschränkt fähig.

Große gesellschaftliche Herausforderungen – wie der Klimawandel,

die multikulturelle Gesellschaft, der demografische Wandel, vom Menschen entkoppelte Finanzmärkte oder die Energiewende – sprengen die Grenzen einzelner wissenschaftlicher Disziplinen und machen eine weitreichende gesellschaftliche Anpassung erforderlich. Unsere Hochschulen können der Gesellschaft dabei helfen, die Zusammenhänge solch umfassender gesellschaftlicher Wandlungen besser zu verstehen und notwendige Anpassungsprozesse aktiv zu gestalten. Um dieses Potenzial der Hochschulen optimal einsetzen zu können, machen wir uns für eine Weiterentwicklung der niedersächsischen Hochschullandschaft stark. Ziel ist es, eine disziplinübergreifende Forschung und Ausbildung in Natur-, Ingenieur-, Kultur- und Sozialwissenschaften und eine enge Rückkopplung mit der Praxis zu ermöglichen. Wir brauchen Hochschul-AbsolventInnen, die als zukünftige EntscheidungsträgerInnen den globalen Herausforderungen gewachsen sind. Deshalb soll Nachhaltigkeitsforschung zu einem niedersächsischen Forschungsschwerpunkt werden, der mit entsprechenden Zielvereinbarungen oder Förderprogrammen.

## **FÜR MEHR TRANSPARENZ IN DER HOCHSCHULFORSCHUNG**

Hochschulen und staatliche Forschungseinrichtungen dürfen keine Elfenbeintürme sein, in denen hin-

ter verschlossenen Türen gearbeitet wird. Technische Innovationen müssen auf ihre Folgen für Mensch und Umwelt hinterfragt werden. Aus diesem Grund hat sich öffentlich geförderte Forschung und Lehre jederzeit einer kritischen Öffentlichkeit zu stellen. Die Ergebnisse der Forschungsvorhaben müssen zeitnah zugänglich gemacht werden. Forschungsprojekte, die mit privaten Mitteln finanziert werden, müssen ihre Geldgeber und deren Aufträge offenlegen. Stiftungsprofessuren, die von nicht-staatlichen Geldgebern finanziert werden und über deren Besetzung die externen Geldgeber in Berufungskommissionen mitentscheiden, müssen der Öffentlichkeit als solche kenntlich gemacht werden. Im Bereich von Risikotechnologien – etwa bei der Endlager- oder Genforschung oder Forschung mit ausschließlich oder überwiegend militärischer Nutzbarkeit – soll als Kontrollinstanz ein Beirat eingerichtet werden, dem neben Studierenden und anderen Hochschulangehörigen zum Beispiel auch VertreterInnen aus Gewerkschaften, Wirtschaft, Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden und Religionsgemeinschaften angehören sollen und der über die Annahme solcher Aufträge entscheidet und Drittmittel-Kooperationen freigibt. Wir möchten in Niedersachsen eine für alle Universitäten verbindliche Zivilklausel einführen, die Forschung und Entwicklung von Waf-

fen und anderen Rüstungsgütern ausschließt.

### **DEMOKRATIE UND TEILHABE AN HOCHSCHULEN AUSBAUEN**

Die Struktur der Gremien an Hochschulen muss unter demokratischen Gesichtspunkten fortentwickelt werden. Die an den Hochschulen neben den ProfessorInnen vertretenen Statusgruppen (wissenschaftliche Hilfskräfte, MitarbeiterInnen, Studierende) müssen in den Hochschulgremien paritätisch vertreten sein und wieder stärker an den Entscheidungsfindungen beteiligt

werden. Auch die Gruppe der Promovierenden muss dabei berücksichtigt werden. Anders als CDU und FDP wollen wir starke Senate, die in allen Belangen der Hochschulentwicklung beteiligt werden.

Wir wollen den Hochschulen mehr Entscheidungskompetenzen übertragen. Ein Beispiel ist das Bauherrenrecht. Die Landeskonzferenz der Allgemeinen Studierendenausschüsse soll eine stärkere landespolitische Beratungsfunktion einnehmen, um die Interessenvertretung von Studierenden im Hochschulbereich zu stärken.

**MACH'S MÖGLICH**

## **ERWACHSENENBILDUNG**

### **UNSERE GRÜNEN ZIELE:**

- ▶ Bildungsangebote für alle Menschen in allen Lebensphasen vorhalten
- ▶ Eine neue Koordinierungsstelle für die Politische Bildung einrichten

Die Erwachsenenbildung hat das Ziel, Bildungsangebote für alle Menschen in allen Lebensphasen anzubieten – unabhängig von Bildungskarriere oder sozialer Herkunft. Sie ist damit ein zentraler Baustein des Bildungswesens. Die

öffentliche Förderung von Erwachsenenbildung ermöglicht eine nachhaltige Einbindung in das berufliche, politische und kulturelle Leben einer demokratischen Gesellschaft.

Bildungsangebote der freien Erwachsenenbildung und der niedersächsischen Volkshochschulen dienen der Emanzipation jedes Einzelnen und stärken eine auf politische und soziokulturelle Beteiligung ausgerichtete, demokratische Gesellschaftsordnung. Sie fördern das gesellschaftliche Engagement der BürgerInnen in Niedersachsen. Für die Erwachsenenbildung gilt: Gute Bildungsarbeit braucht qualifizierte Kräfte. Daher hat sich die Landesförderung am Prinzip der leistungsgerechten Entlohnung auszurichten.

### **TEILHABE VERBESSERN**

Untersuchungen belegen, dass Angebote der Weiterbildung oder des Bildungsurlaubs umso häufiger genutzt werden, je höher die Vorbildung ist. Chancengleichheit ist auch in der Erwachsenenbildung noch lange nicht erreicht. Ziel staatlich geförderter Erwachsenenbildung muss es sein, erreichbare und bezahlbare Angebote vor allem für die Menschen zu ermöglichen, die bisher unterrepräsentiert sind. Das gilt vor allem für Menschen mit einem geringen Bildungsstand und geringem Einkommen. Für bisher nicht angesprochene Gruppen müssen

spezielle Programme aufgelegt werden, die ihre Teilhabe an Weiterbildung erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, Formen aufsuchender Bildungsarbeit zu entwickeln.

### **BILDUNGSBERATUNG**

Lebenslanges Lernen ist ohne Unterstützung durch ein Beratungssystem nicht oder nur sehr begrenzt realisierbar. Die Ausdifferenzierung von Berufs- und Bildungsbiografien, sich laufend wandelnde Anforderungen am Arbeitsplatz und die Unvorhersehbarkeit der eigenen Erwerbsbiografie machen ständige Weiterbildung zur Notwendigkeit. Die Vielfalt von Bildungsangeboten erschwert den Überblick und hat einen hohen Orientierungsbedarf zur Folge. Daher ist es notwendig, Bildungsberatung als eigenständiges Tätigkeitsfeld zu profilieren. In lokalen Netzwerken agierende Beratungsstellen mit ausgebildetem Personal garantieren eine hochwertige Bildungs- und Berufsberatung. Deshalb ist eine trägerunabhängige, professionelle und pädagogische Form der Bildungsberatung eine öffentliche Aufgabe.

Um die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems zu erhöhen und die Teilnahmequote an Weiterbildungsmaßnahmen zu steigern, halten wir den Ausbau des bestehenden Netzwerkes solcher Bildungsberatungsstellen in Niedersachsen für

erforderlich. Neben der individuellen, personenbezogenen Beratung bieten diese Agenturen das Potenzial, in Kooperation mit den Hochschulen und der Wirtschaft Bedarfe auf dem Arbeitsmarkt zu ermitteln und spezielle Programme – etwa im Rahmen der Offenen Hochschule – zu koordinieren.

### **POLITISCHE BILDUNG**

Politische Bildung ist die Grundlage für politische und gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Engagement.

Nach der Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung gibt es in Niedersachsen keine von der Exekutive unabhängige Institution, die einrichtungsübergreifende Angebote der politischen Bildung

konzipiert und koordiniert. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das die Landeszentrale für politische Bildung abgeschafft hat. Das halten wir für einen großen Fehler! Für politische Bildung an Schulen und die Weiterbildung von LehrerInnen im Bereich Politik fehlt es an einer zentralen Stelle, die landeseigene und länderübergreifende Angebote koordiniert und DozentInnen- und ExpertInnen-Pools bereithält. Wir GRÜNE fordern daher die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle politische Bildung“, die mit eigenen Mitteln ausgestattet in die Fläche wirken kann, Angebote bündelt und koordiniert sowie Unterstützung für Bildungsträger anbietet. Besonders wichtig sind dabei aufsuchende und zielgruppenspezifische Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene.

**MACH'S MÖGLICH**

# **UMWELT, KLIMA, ARBEIT, WIRTSCHAFT**

## **WIRTSCHAFTLICHER ERFOLG MIT GRÜNEN IDEEN**

### **UNSERE GRÜNEN ZIELE:**

- ▶ Mit dem Green New Deal durch eine gezielte Förderung von Zukunftsbranchen (Umwelt, Energie, Demografie) vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen
  - ▶ Durch zielgenaue Unterstützung keinen Jugendlichen mehr ohne Schulabschluss und ohne Ausbildungsplatz zurücklassen
  - ▶ Fair bezahlte und gute Arbeit bei allen öffentlichen ArbeitgeberInnen und AuftraggeberInnen selbstverständlich werden lassen – durch eine modernere Personalvertretung und an sozialen und ökologischen Kriterien orientierte Vergaben
  - ▶ Mit einer Effizienz- und Klimaschutzagentur und einer Neuausrichtung der Fördergelder Niedersachsens Wirtschaft und Kommunen nachhaltig gestalten
  - ▶ Durch erhöhte Abgaben auf die Gewinnung von Gas, Wasser oder Kies einen sparsameren und verträglicheren Abbau und Verbrauch endlicher Rohstoffe durchsetzen
- Immer häufiger erleben wir inzwischen die Grenzen des Wachstums. Deshalb brauchen wir Wege, um Wohlstand für alle mit den vor-